



Editorial

Das Jahr 2000 wird uns ganz besonders herausfordern. Es sind wichtige Aufgaben zu lösen und entscheidende Weichen zu stellen. Wir werden uns mit voller Kraft und ganzem Einsatz für unsere Überzeugung engagieren:

- Für eine Sicherheitspolitik, die vorwiegend innerhalb der Schweiz zum Tragen kommt
- Für eine Armee reform, die der Armee weiterhin als Hauptaufgabe die Selbstbehauptung überträgt
- Gegen die Initiativen der GSoA und der SP, die die Armee abschaffen oder bis zur Unglaubwürdigkeit schwächen wollen

Damit verlagert sich der Schwerpunkt unseres Einsatzes zu vorwiegend aktuellen militärpolitischen Fragen. 1999 haben wir dafür das Terrain vorbereitet durch unser Eintreten für die Schweiz bei der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit. Denn nur wer die Geschichte seines Landes kennt, kann seine Zukunft meistern.

Kommen Sie am 18. März zur HV 2000 und erfahren Sie, wie wir uns für diese Auseinandersetzungen organisieren!

Walter Rytz, Präsident

War Paul Grüninger Nazikollaborateur?

Die angeblichen Vorreiter der schweizerischen Vergangenheitsaufarbeitung und deren gebremster Wissensdrang

Der Bergier-Flüchtlingsbericht weist Mängel auf. Diese sind die Folge positiver rassistischer Vorurteile gegenüber Juden, der Dominanz einer Historikerclique und fachlicher Fehler.

Die Behandlung der Rolle von Alt-Polizeihauptmann Grüninger demonstriert diese Schwäche, denn starke Indizien deuten darauf hin, dass seine Hilfe im Jahre 1938 an die illegale Einwanderung jüdischer Flüchtlinge im Interesse der Nazis war, in deren Dienst er gestanden haben soll. Stärker noch ist das Beweismaterial, dass er in den 40er Jahren eine ausgesprochen pro-nazistische Haltung gepflegt habe.

Diese Befunde mögen dem Laien auf den ersten Blick unglaublich erscheinen. Denn dem breiten Publikum ist nicht bewusst, was Shoa-Forschern längst bekannt ist: dass die Deutschen in den 30er Jahren die Juden «nur» vertreiben und dabei womöglich auch Geld kassieren wollten. Entsprechend wird niemand die Nazis und deren Helfer als Judenretter – auch wenn durch ihre Tätigkeit Juden mit dem Leben davonkamen – bezeichnen, sondern als Verbrecher.

Teile des Beweismaterials wurden vom WoZ-Journalisten Stefan Keller bei seiner Recherche, welche für die Rehabilitierung Grüningers 1995 massgeblich war, berücksichtigt. In seinen Publikationen zog es Keller aber vor, dieses belastende Material entweder zu verharmlosen oder gar zu verschweigen.

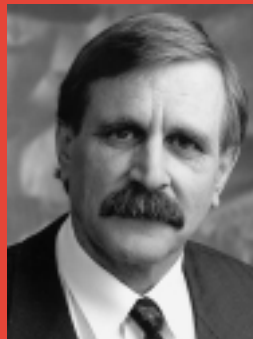
Keller meint, dass die meisten dieser Quellen als unzuverlässige Spitzelberichte taxiert werden müssten, da sie

Hauptversammlung!

Am Samstag, 18. März 2000, findet um 10.30 Uhr die Hauptversammlung der Vereinigung PRO LIBERTATE statt. Detailangaben können Sie den Einladungsunterlagen in der Beilage dieses Versandes entnehmen.

Um 12.00 Uhr wird Nationalrat Dr. Pierre Triponez über das Thema «Sicherheit – eine prioritäre Staatsaufgabe» referieren. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!

Der Vorstand



Sie lesen heute

Bergier-Bericht: Die Absicht	2
Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr	4
In Kürze	4
Frau Koch kann wieder schlafen	5
Jahresbericht 1999 des Präsidenten	5
Militärkommission	6
Jahresbericht der Finanz- und Werbekommission für 1999	7
Wird Russland wieder eine Militärmacht?	7
Volksabstimmung vom 12. 3.	8

den Akten der «Schnüffelpolizei» entstammen. Dieses Pauschalurteil mag beim WoZ-Publikum gut ankommen, zeugt jedoch nicht gerade von seriösen Kenntnissen der Bestände der Bundesanwaltschaft, der Spionageabwehr und der Militärjustiz.

Besonders belastend wirkt die Tatsache, dass Grüninger 1939 – laut eigener Aussage – kurz nach seiner Absetzung von seinen Gestapo-Freunden, die er selber als solche bezeichnete – eine Stelle in ihrer Organisation in Deutschland angeboten wurde. Keller erwähnt dies zwar in seinem Buch, ohne jedoch den Arbeitsort zu erwähnen und ohne sich mit der Frage auseinander zu setzen: «Wie kam die Gestapo auf die abstruse Idee, einem



vermeintlichen «Judenretter» und ungehorsamen Polizeioffizier eine Stelle anzubieten?»

Die naheliegendste Erklärung, dass die Gestapo einem «geplatzten» Agenten eine alternative Anstellung anbot, wird nicht diskutiert.

Dass Grüninger parallel zu seiner «Ret-

Die Reaktion der angeblichen Vorreiter der schweizerischen Vergangenheitsaufarbeitung, Stefan Keller und Nationalrat Paul Rechsteiner, fiel sehr heftig aus.

tungsaktion» Gestapo-Beamten praktisch freie Hand bei Untersuchungen in der Schweiz gewährte, wird von Keller bagatellisiert. So bleibt auch die Aussage von Sidney Dreifuss, dem Leiter der st. gallischen jüdischen Flüchtlingshilfe, unerwähnt, wonach bestimmte Aktionen Grüningers zugunsten der Juden hauptsächlich auf Veranlassung des deutschen Konsulats erfolgte.

Am 24.5.1998 veröffentlichte der «SonntagsBlick» einen Teil meiner Recherche, nämlich dass Grüninger in den 40er Jahren als pro-Nazi zu bezeichnen sei. Die Reaktion der angeblichen Vorreiter der schweizerischen Vergangenheitsaufarbeitung, Stefan

Keller und Nationalrat Paul Rechsteiner, fiel sehr heftig aus, und es wurde der Versuch unternommen, die Diskussion zu verhindern. Die Entgegnung Kellers (WoZ 28.5.1998), welche von der Bergier-Kommission unkritisch übernommen wurde, weist Unkenntnis der Akten, falsche Interpretationen und billige Polemik auf.

Die Bergier-Kommission scheute, trotz eindeutiger Hinweise, die Mühe, beispielsweise nach deutschen Akten zu suchen, welche ein klares Licht auf diese Angelegenheit werfen könnten. Offenbar spielten hier private Affinitäten und die falsche Einstellung, es könnten bei einer schonungslosen Forschung Gefühle von Juden verletzt werden, die zentrale Rolle.

Es bleibt die Frage, warum eine solch verkrampfte Denkmalpflege von Leuten geleistet wird, die sich sonst als Mythenzerstörer darstellen. Weshalb wird ein falsches Vorbild produziert, und warum werden die Verdienste in der Flüchtlingshilfe von Schweizern wie Werner Stocker heruntergespielt?

Shraga Elam

Shraga Elam ist ein israelischer freier Journalist in Zürich. Seine Spezialgebiete sind der Nahe Osten und der Zweite Weltkrieg (Schwergewicht: Rolle der jüdischen Organisationen und der Schweiz). Im Februar 2000 erscheint im Überreuter-Verlag sein Buch «Hitlers Fälscher», welches u. a. das Thema Kollaboration jüdischer Organisationen, US und Schweizer Agenten mit der SS behandelt.

Bergier-Bericht: Die Absicht

Um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, sei einleitend folgendes festgehalten: der Verfasser ist in Übereinstimmung mit der grossen Mehrheit unserer Bevölkerung der Überzeugung, die Schweiz hätte – rückblickend! – während des 2. Weltkrieges eine grössere Zahl jüdischer Flüchtlinge aufnehmen sollen.

Als Beweis für diese Überzeugung folgendes Zitat:

Das jahrelange Leben in der Festung mit seiner Mobilisierung aller Kräfte im nationalen Bereich liess auch das Mitgefühl für andere Völker schwinden. Viele – namentlich jüdische – Flüchtlinge wurden an der Grenze zurückgewiesen. Dies wirft einen tiefen Schatten auf die Eidgenossenschaft des Zweiten Weltkrieges. Solches Versagen gegen-

über politischen Flüchtlingen führte später zu einem allgemeinen Schuldgefühl, das auch heute noch gelegentlich spürbar ist.

Es findet sich auf Seite 444 meiner «Illustrierten Schweizergeschichte», die 1965, also schon vor 35 Jahren erschienen ist, mehrere Auflagen erreichte und heute noch in vielen Schweizer Stuben steht.

Dieses immer wieder aufscheinende Schuldgefühl hatte zur Folge, dass der Bundesrat im Lauf der Jahre zweimal den Auftrag erteilte, die Fakten der Flüchtlings- und Neutralitätspolitik in den Jahren des 2. Weltkrieges genau abzuklären. In diesem Sinne erschien 1955 der Ludwigbericht und ab 1970 die gewaltige 9 Bände umfassende Untersuchung von Professor Edgar

Bonjour. Bonjour hatte sich schon 1946 mit einer dreibändigen Geschichte der Schweizer Neutralität Ansehen verschafft. Seine umfangreiche Untersuchung über die Politik unseres Landes im 2. Weltkrieg zeichnet sich durch objektive Darstellung der Fakten aus.

Wie ist es möglich, dass Bundesrat und Parlament dennoch im Spätherbst 1996 die horrende Summe von 22 Millionen bewilligten, um nochmals eine «neue» Untersuchung längst bekannter Fakten in Auftrag zu geben?

Im Sommer 1996 verdichteten sich die Anzeichen, dass aus den USA kritische Vorwürfe gegen das Verhalten der Schweiz laut wurden. Als einer der ersten hatte der Schweizer Botschafter in Washington, Jagmetti, vor solchen Attacken gewarnt. Der zuständige Aussenminister Flavio Cotti war damals voll mit seiner Funktion in der OSZE beschäftigt und nahm die bedrohliche Situation erst mit Verspätung

wahr. Der Bundesrat geriet offensichtlich in eine Art Panik, berief Botschafter Jagmetti ab und suchte das Heil in der Bestellung einer «unabhängigen Expertenkommission» (UEK), welche die (längst bekannten) Fakten nochmals zu untersuchen hatte.

Als gravierend erwies sich die personelle Zusammensetzung dieser UEK. Absolut in Ordnung war der Beizug von drei Vertretern des internationalen Judentums. Das gute Recht dieser Gruppe musste und durfte es sein, ein schuldhaftes Verhalten der Schweiz festzustellen. Höchst fragwürdig blieb jedoch die Auswahl der Schweizer Historiker. Mit den Personen Picard, Tanner und Kreis entschied sich der Bundesrat für drei Historiker, die sich mit ihren bisherigen Arbeiten als einseitige Kritiker der Schweiz ausgewiesen hatten – es sei etwa an Tanners absurde Behauptung erinnert, der Rückzug ins Réduit sei

Höchst fragwürdig blieb jedoch die Auswahl der Schweizer Historiker.

eine Demutgeste gegenüber Hitler gewesen. Diese Wahl wäre noch vertretbar gewesen, wenn der Bundesrat die gleiche Anzahl von Historikern aus der Aktivdienstgeneration (sogenannte Zeitzeugen) beigezogen hätte. Aber gerade das vermied der Bundesrat mit aller Konsequenz. Damit stand von Anfang an fest, was von der UEK zu erwarten war.

Ein erster Zwischenbericht zum Thema Goldpolitik der Nationalbank brachte nichts Neues und löste wenig Echo aus. Mit viel grösserer Spannung erwartete man den Flüchtlingsbericht, denn hier lag, wie einleitend belegt, die eigentliche, längst bekannte Schwäche im Verhalten der Schweiz. Es ging also nur um die Frage, warum die Schweiz nicht mehr Flüchtlinge aufgenommen hat.

Mit der Zeit sickerte durch, dass die UEK keine neuen Fakten ermitteln konnte. Dies dürfte auch erklären, warum die Publikation bis nach den eidg. Wahlen verschoben wurde. Dennoch, das Mediengetümmel war gewaltig, als die UEK am 10.12.99 den Bericht der Öffentlichkeit übergab.

Wie ist der Bericht, aus einer gewissen Distanz heute zu beurteilen? Positiv sei anerkannt, dass der Bericht sehr umfangreich ist (mit allen Beilagen 800 Seiten), dass er sprachlich sorgfältig formuliert und sauber gedruckt ist. Schwieriger ist es, dem Bericht inhaltlich etwas Positives abzugewinnen.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Bericht einen wesentlichen Auftrag des Bunderrates gar nicht erfüllt hat, nämlich den Vergleich der Schweizer Flüchtlingspolitik mit jenen der andern Länder. Aus der Zielsetzung der UEK war das nur zu begreiflich, denn jeder Vergleich hätte die Schweiz entlastet. Man denke etwa daran, dass das grosse, reiche, mächtige Amerika weniger jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat als die kleine, rings vom Faschismus umgebene Schweiz.

Schwieriger ist es, dem Bericht inhaltlich etwas Positives abzugewinnen.

Umso eifriger bemühte sich die UEK, die belastenden Fakten in aller Breite darzustellen. über viele Seiten hinweg werden einzelne Schicksale – etwa der «Fall H» – geschildert. Es ist kaum denkbar, dass irgend ein Leser diese Schilderung aufnimmt, ohne ergriffen zu sein. Bezeichnend ist, dass letztes Jahr im NZZ-Verlag eine von Ken Newman organisierte Sammlung von Erinnerungen jüdischer Internierten erschienen ist («Swiss working camps»). Hier bedanken sich an die 70 jüdische Flüchtlinge für die Aufnahme in der Schweiz. Der Bergierbericht sagt davon kein Wort.

Hochinteressant ist es, dass es die UEK nicht wagte, am eigentlichen Symbol für den Widerstandswillen gegen Hitler, an General Guisan, zu rütteln. Zwar verschweigt der Bericht selbstverständlich, dass Guisan 1939/40 mit dem französischen Generalstab geheime Verhandlungen über einen Einmarsch der Franzosen im Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz führte. Und was noch schlimmer war: die Franzosen liessen die geheimen Akten betreffend diese Zusammenarbeit auf der Flucht vor den Deutschen im Sommer 1940 bei La Charité sur Loire zurück. Dort fielen sie den Deutschen in die Hände. Und wie die Deutschen nun sind, nämlich genau, nahmen sie die Akten nach Deutschland mit und studierten sie sorgfältig – hatten also ab Herbst 1940 den Beweis für die Zusammenarbeit der Schweiz mit Frankreich in den Händen. Das war die schlimmste Nachricht für Guisan in all den langen Kriegsjahren! Selbstverständlich sagt die UEK davon kein Wort, dafür entwirft sie (S. 55) ein fragwürdiges Bild einer antisemitischen Armee unter Guisan, wonach Juden kaum Möglichkeit hatten, Offi-



Unsere Antwort auf den einseitigen Bergier-Flüchtlingsbericht. Haben Sie schon bestellt? Weitergegeben? Preis CHF 10.-, Bestellungen an PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11

zier zu werden und wenn schon, «dann nur in den unteren Rängen». Es ist durchaus denkbar, dass die «Junghistoriker» in der UEK nicht einmal bewusst lügen, sondern vieles ganz einfach nicht wissen: der Kommandant der 6. Division hiess Herbert Constam und war jüdischer Herkunft. Er wurde 1943 von

Hochinteressant ist es, dass es die UEK nicht wagte, am eigentlichen Symbol für den Widerstandswillen gegen Hitler, an General Guisan, zu rütteln.

Guisan zum Korpskommandanten befördert, das heisst auf die höchste Stufe unmittelbar unter dem General. Oder: der persönliche Adjutant des Generals in den ersten Kriegsjahren, Major Albert Mayer, war jüdischer Bijoutier aus Montreux und blieb auch später mit Guisan persönlich befreundet.

Für die mangelnde Kenntnis der entscheidenden Fakten bei den UEK-Leuten ein weiteres Beispiel: Noch vor der Publikation des Berichtes war ich zusammen mit Prof. Bergier in einem privaten Kreis zu einer Diskussion eingeladen. Dort fragte ich Bergier, wie gross die tägliche Brotration der Schweizer ab 1942 gewesen sei. Er wusste es nicht. Auf meine selbstverständliche Anschlussfrage, wie er dann beurteilen könne, ob die Schweiz genug zu essen hatte und ob sie noch mehr Flüchtlinge

hätte ernähren können, erging sich Bergier in weitläufigen Erklärungen in schönstem Französisch – das kann er gut. Die prekäre Ernährungslage wird im Bergierbericht ausgeklammert – warum? Weil sie erklären würde, wie verständlich die damalige Vorsicht in Bezug auf die Öffnung der Grenzen war. Doch schliesslich noch zu den parteipolitischen Tendenzen der UEK. Auf S. 63 findet sich eine interessante Passage. Hier wird kritisch vermerkt, der

Bundesrat habe 1940 die kommunistische Partei verboten. Doch wird verschwiegen, dass der Bundesrat fast gleichzeitig (auch 1940) die Reste der Nationalen Front ebenfalls verboten hat.

Damit rücken wir der eigentlichen Funktion der UEK etwas näher. Wohl ging es vordergründig um die materiellen Forderungen jüdischer Organisationen. Letzten Endes geht es aber um viel mehr. Die Schweiz des 2. Weltkrieges

war ein bürgerlicher Staat. Der erste SP-Bundesrat, Ernst Nobs, wurde im Dezember 1943 gewählt und trat 1944 – also erst gegen Kriegsende – sein Amt an. Mit anderen Worten: es ist die politische Linke, die ein so grosses Interesse daran hat, die damalige Schweiz zu beschuldigen. Umso grotesker ist es, dass die bürgerliche Mehrheit in Bundesrat und Parlament dieses Spiel so naiv mitmacht.

Dr. Sigmund Widmer

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr

Die Lesefähigkeiten der Schweizer

Die OECD befasst sich seit 1995 in einer internationalen Studie mit der Lesefähigkeit Erwachsener. Den «funktionalen Analphabetismus» trifft man auch in unserem Land an. «Zehn Prozent der Schweizerinnen und Schweizer haben grosse Mühe, selbst einfachste Alltagstexte zu verstehen» (Coopzeitung 10. 2. 99).

Rund die Hälfte hat Probleme mit dem Lesen einfacher und mittlerer Texte. Im Vergleich zu andern Industrieländern steht die Schweiz in dieser Beziehung ziemlich schlecht da, rangiert aber immerhin noch vor Polen. Auf die Stimmberechtigten und ihre Beteiligung an Urnengängen bezogen, dürfte die folgende Schätzung einigermaßen zutreffen.

a) funktionale Analphabeten, wie oben	10%
b) Staatsverdrossene (Gurkensalat-Partei)	15%
c) Vorlagen gelesen, nicht begriffen (Kannitverstan-Gruppe)	30%
d) Uninteressierte (Die-können-mich-Partei)	15%
e) Ernsthaftige Interessenten	30%

Manchmal ist die Stimmbeteiligung höher als 30%. Das rührt daher, dass sich wahrscheinlich auch Angehörige der Kannitverstan-Gruppe in einem Anflug von Blind-Degustation der Urnen bedienen.

Es sei ausdrücklich vermerkt, dass der Verteilschlüssel für den Gesamtdurchschnitt gilt. Einzelne Kantone warten mit starken Abweichungen auf. Für den speziellen Fall unserer Verwaltungen sind verlässliche Zahlen nicht verfügbar. Antworten auf parlamentarische

Anfragen nähren indes den Verdacht, dass dort c)-Leute tätig sind.

Die Vereine «Lesen und Schreiben» verlangen mit einer Petition, dass die Erwachsenenbildung in der Bundesverfassung verankert wird. «Die Kantone sollen den Zugang zur Grundausbildung gesetzlich garantieren...», fordern sie. Der Schulbesuch ist zwar obligatorisch, das Lernen bleibt neuerdings – und da liegt der Hund begraben – dem Gutdünken der Schüler überlassen. Später soll also nachgeholt werden, was die Schule nicht vermitteln konnte. Zur Vermehrung der Kategorien a) und c) könnten im übrigen die Einbürgerungsbedingungen beitragen, die man da und dort stellt.

Es wäre unfair, Rückschlüsse auf die Mitglieder des im Oktober neugewählten Parlamentes zu ziehen. Es schiene aber dennoch nicht abwegig, künftig von Kandidatinnen und Kandidaten auch Referenzen zu verlangen hinsichtlich Zugehörigkeit zu einer der oben erwähnten Gruppen.

Max Schio

In Kürze

Einer von der Gebäudeversicherung hat mir einmal gesagt, die grösste Feuersbrunst liesse sich mit einer Tasse Wasser löschen. Sofern man früh genug einschreite.

Das dürfte in vielen Fällen zutreffen. Denn mit dem Feuer verhandelt man nicht; man bekämpft es, und man wehrt den Anfängen.

In der Politik ist das anders. Nur wenige Politiker haben den Mut, rechtzeitig einzuschreiten. Sie rufen Konferenzen ein, verhandeln, vertagen. Manchmal schaut nicht mehr heraus als ein fauler Kompromiss und das Datum der näch-

sten Zusammenkunft. Und wenn ihnen das Feuer den Hintern versengt, demissionieren sie. Als Beispiel die Pensionskasse des Bundes, bei der mehrmals die Alarmglocke schrillte, ohne dass ihr oberster Chef, der damalige Bundesrat Stich, zum Feuerlöscher griff. Bei Demonstrationen ist es nicht anders. Man lässt Vermummte so lange aufmarschieren und demonstrieren, bis die Polizei auf den Glasscherben ausrutscht.



Die SP des Kantons Bern ist im Ständerat nicht vertreten. Sie dürfte darüber nicht unglücklich sein; Frau Beerli besorgte ihre Geschäfte aufs beste.

Asylbewerber mit Natel: Wenn es nicht gekauft ist (vom Tagessold?), ist es geklaut. Raten Sie dreimal, wozu es dient.



Schriftsteller, die aus ihren Elaboraten Kapital schlagen wollen, publizieren im Ausland, wie Muschg und Ziegler, die hoffen, dass ihre Schmähungen dort mit Schadenfreude registriert werden. Sie wären besser unseren Gefilden ferngeblieben.



Für Verlage linker Observanz haben Radio und Fernsehen stets Sendezeit im

Überfluss anzubieten. So z.B. auch am 22. Oktober 1998, als bei DRS 1 eine Neuerscheinung im **Rotpunkt-Verlag** ausgiebig angepriesen wurde. Es ging um die gesammelten Seilschaften von Niggli/Frischknecht. In diesem Verlag, Freystrasse 20, 8026 Zürich, erscheinen die Elaborate der Wochenzeitung

«WoZ». Denken Sie daran, wenn Sie ihn mit dem Kauf von Büchern unterstützen. An der gleichen Adresse hausen übrigens noch diverse andere Rotkäppchen: Boa Frauenveranstaltungskalender u. Infostelle für Frauen u. Lesben; Verein Frauenetage im Kanzlei; Frauen macht Politik (FraP).



Die Schweiz als EU-Mitglied: Ein Koch, der alle Zutaten selber bezahlt, dem andere in den Topf spucken und ihn dann alles Missratene ausessen lassen.

Max Schio

Frau Koch kann wieder schlafen

In der Arena-Sendung vom 4.2.2000 zum Thema «EU – Österreich» begrüßte die Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Drohungen und den Vollzug von Sanktionsmassnahmen der 14 EU-Staaten gegen ihr Mitglied Österreich. «Sie könne jetzt endlich wieder schlafen!»

Wir sind in der Tat froh, dass Frau Koch wieder schlafen kann; mutieren doch im Schlaf selbst Raubtiere zu zart-dösenden Lebewesen...

Mit einer erschreckenden Leichtfertigkeit warf Frau Koch in der erwähnten Arena-Sendung mit den Begriffen Rassismus, Nazismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit um sich, eifrig unterstützt von Nationalrat und DDR-/Honecker-Verehrer Vollmer. Man fragt sich allmählich, ob die selbsternannten Vertreter der «guten Menschen» eigentlich wissen, was Rassismus und Nazismus bedeuten. Ihre leichtfertigen Qualifizierungen der neuen österreichischen Regierung verniedlichen die tatsächlichen Gefahren von Rassismus und Nazismus. Es scheint, dass die jahrelange Verherrlichung des kommunistischen Ost-

blockes durch Exponenten der Sozialdemokraten bis heute die SP-Agitatoren im Bann hält. Wer natürlich nicht zugeben will, dass unter dem Arbeitstitel «Sozialismus» Millionen von Menschen getötet worden sind, verliert den Realitätsbezug zu Begriffen wie Rassismus und Nazismus.

Es geht hier nicht darum, Partei für die neue Regierung in Österreich zu nehmen. Unser Nachbarland ist eine stabile Demokratie und besteht aus mündigen Bürgern. Wir haben uns nicht in die Angelegenheit eines befreundeten Staates einzumischen. Aber das Agieren der 14 EU-Staaten unter Mithilfe zentraler EU-Institutionen muss aufhorchen lassen. Im gleichen Zeitraum wird die Bildung einer demokratisch gewählten Regierung bekämpft, die völlige Zerstörung einer Hauptstadt im Kaukasus (Grosny) mit Tausenden von Ziviltoten wird lediglich beobachtet, eventuell noch bedauert. Auch Staaten wie Belgien und Frankreich treiben ein trauriges Spiel, indem sie versuchen, innenpolitische Tendenzen und Kräfte (Belgien: Vlaams Blok, Frankreich: Front national und Mouvement National) mit dem Angriff auf Österreich zu jüdeln. Die Ablenkung von innen-

politischen Problemen durch aussenpolitische Profilierung war sonst immer ein Mittel der Diktaturen.

Jeder Schweizerin und jedem Schweizer müssen folgende Interview-Passagen aus der Sonntags Zeitung vom 6.2.2000 mit dem dänischen Vizepräsidenten des Europarates und Sozialdemokraten Henning Gjellerod durch Haut und Knochen fahren:

Müssten die EU-Staaten gegen Bern also die gleichen Sanktionen ergreifen wie gegen Wien, wenn die Schweiz EU-Mitglied wäre?

Gjellerod: Eigentlich schon. Wenn die EU-Regierungschefs konsequent sind, müssen sie mit der Schweiz gleich verfahren wie mit Österreich.

Entweder SVP raus aus dem Bundesrat oder keine direkten politischen Kontakte mehr mit Bern?

Gjellerod: Ja. Nur ist die Schweiz eben nicht Mitglied der EU.

Für den Kleinstaat Schweiz ist der Fall klar. Ein EU-Beitritt kann kein Souveränitätsgewinn sein. Die direkte Demokratie der Schweiz wäre fremder Willkür preisgegeben.

W. Gartenmann

Jahresbericht 1999 des Präsidenten

Die Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte als Grundlage unserer Schweizerischen Identität war uns ein wichtiges Anliegen im vergangenen Jahr. Wir unterstützen den Selbstbehauptungswillen, der sich auf einen gesunden Stolz über unsere Vergangenheit, mit all ihren Stärken und Schwächen, abstützt. Die Besonderheiten der Schweiz dürfen nicht zu einem europäischen Einheitskonzept eingeebnet werden. Direkte Demokratie, gelebter Föderalismus und das willentliche Zusammenleben verschiedener Sprachkulturen in **einem** Vaterland sind uns wichtig.

Zu Beginn des Jahres haben wir in unserer Schriftenreihe das Heft Nr. 11 herausgegeben «Das Ende der J-Stempel-Saga» von Dr. Max Keller. Am Fallbeispiel des J-Stempels wird die Geschichtsprägung durch Medienmacht erarbeitet.

Intensiv haben wir uns mit der Aufarbeitung des Verhaltens der Schweiz im 2. Weltkrieg befasst. Der erste Bericht der Bergierkommission über die Goldgeschäfte der Schweiz hat wenig Echo ausgelöst, obwohl darin die einseitige Haltung dieser Kommission schon deutlich wurde. Wir waren erstaunt über die bescheidene Reaktion, die

jener Bericht auslöste.

Deshalb überlegten wir uns, wie wir auf den zweiten Bericht über die Flüchtlingspolitik reagieren wollen. Die Flüchtlingspolitik haben viele Schweizer selbst miterlebt, anders als die technische Abwicklung der Goldgeschäfte. Wir kamen zur Überzeugung einen eigenen Bericht erarbeiten zu lassen. Dr. Alfred Cattani hat den Bericht «Die Schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945» erarbeitet. Wir beschlossen, diesen Bericht als Entwurf am gleichen Tag der Öffentlichkeit vorzustellen wie die Bergierkommission ihren Bericht zum gleichen Thema. Wir ha-

ben die Medien anschliessend an die Bergierkommission zu einer eigenen Medienkonferenz eingeladen und den bei der Kommission anwesenden Medien 150 Pressemappen mit unserer Stellungnahme und dem Entwurf des Berichtes von Dr. Cattani verteilt.

An der Pressekonferenz der Bergierkommission waren wir anwesend. Wir konnten uns ein Exemplar ihres Berichtes am Vorabend beschaffen, wie alle Medienleute. So erlebten wir hautnah die Einseitigkeit der Historiker der Bergierkommission. Unsere Kritik geht in drei Richtungen:

- Der Bericht genügt wissenschaftlichen Kriterien nicht
 - Der Bericht beweist eine ideologische antibürgerliche Grundhaltung der Historiker
 - Der Bericht manipuliert den Leser
- Durch einen besonderen Kraftakt gelang es uns, den Cattani-Report als Heft

Nr. 12 unserer Schriftenreihe noch vor Weihnachten herauszugeben. Wir sind stolz darauf, dass die Vereinigung PRO LIBERTATE als einzige Organisation dem Bergierbericht ein objektives Bild der Flüchtlingspolitik in jener Zeit entgegensetzen konnte.

Unsere Veranstaltungen 1999 galten ebenfalls der Geschichte der Schweiz im 2. Weltkrieg:

Am 25. Juli 1999 beteiligten wir uns mit über 150 Mitgliedern und Freunden am Rütlifeuer, das zu einer kräftigen Demonstration mit fast 2000 Teilnehmern wurde. Die Vorträge am Rütlifeuer werden zur HV 2000 als Heft Nr. 13 unserer Schriftenreihe erscheinen.

Wir besuchten mit 80 Teilnehmern die Festung Reuenthal am Rhein im Kanton Aargau am 9. Oktober 1999.

Zur Vernissage der deutschsprachigen Ausgabe des Buches von Stephen P. Halbrook «Die Schweiz im Visier»

(Target Switzerland) folgten rund 50 Interessierte der Einladung von PRO LIBERTATE nach Bern am 9. Juni 1999.

Als Ergänzung zu unseren PL-Mitteilungen verteilten wir 1999 eine Sonderausgabe zu den Eidgenössischen Wahlen. Wir unterstützten damit unsere Mitglieder im Parlament in Bern. Zu den Eidgenössischen Abstimmungen haben wir jeweils unsere Stellungnahme als Abstimmungsguide herausgegeben.

Diese vielseitige Tätigkeit war nur möglich dank dem vollen Einsatz aller meiner Kollegen im Vorstand. Wir sind dabei oft an die Grenze der Möglichkeiten eines ehrenamtlichen Milizvorstandes gestossen. Allen meinen Kollegen danke ich auch hier bestens für ihr ausserordentliches Engagement.

Walter Rytz
Präsident

Militärkommission

Im Vereinsjahr 1999 ging es darum, die Absicht des Verteidigungsdepartementes (VBS) und des Bundesrates in der Neuausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik zu beobachten und zu analysieren. Der Kosovo-Krieg im Frühjahr zeigte uns drastisch auf, dass die Sicherheitspolitik eines Landes nach wie vor eine wesentliche Aufgabe des Staates sein muss.

In der Dezember-Session nahm die Parlamentsmehrheit den Sicherheitspolitischen Bericht 2000 mit dem Titel «Sicherheit durch Kooperation» zustimmend zur Kenntnis. Die Erkenntnisse und die neue Strategie der «Sicherheitsplaner» waren allerdings schon früher bekannt. Wir äusserten unsere Sorgen bereits im Frühjahr 1999 mittels gut beachteter Pressemitteilungen. Die Befürchtung hielt Einzug, dass durch eine Verzettlung der Armeetätigkeit der eigentliche Hauptauftrag, die Verteidigung des Landes, vernachlässigt wird: Stichworte sind «Aufwuchsfähigkeit, Formulierung von jahrelangen Warnzeiten, Reduzierung der Bestände, Auslandseinsätze». Im weiteren beurteilen wir die aktuelle Neutralitätspolitische Diskussion als ungenügend. Sprechen wir doch Klartext: die Neutralität wird ignoriert und mit juristischen Zaubertricks zur hohlen Phrase mutiert. Gerade mit sadisti-

chem Eifer gebärden sich sicherheitspolitische Elite-Denker und Politiker als Metzgergesellen, die endlich den Igel «Schweiz» schlachten wollen.

Wir bemühten uns, die Grundsatzdokumente der neuen sicherheitspolitischen Strategie «Sicherheit durch Kooperation» und der vorgesehenen Armeereform «Armee XXI» systematisch zu erfassen und einer kontinuierlichen, gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Diese Arbeit zeigte auf, dass man sich nur mit entsprechendem Aufwand einen Überblick über die komplexe Sache verschaffen kann. Deshalb entstand sehr rasch der Wunsch, die Thematik auf verständliche und anschauliche Weise darzustellen. Wir sind überzeugt, auch unsere Mitglieder und interessierte Kreise würden die Herausgabe eines sicherheitspolitischen «Orientierungsbefehls» schätzen. Das Projekt soll deshalb rasch realisiert werden.

Die Militärkommission engagierte sich 1999 hauptsächlich für die Verteidigung der Aktivdienstgeneration. So leitete die Militärkommission das Projekt «Bergier-Flüchtlingsbericht». Als vorläufige Höhepunkte resultieren aus dieser monatelangen Vorbereitungsarbeit die Pressekonferenz vom 10.12.1999 und die Herausgabe des Berichtes «Die Schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945» von Dr. Alfred Cattani.

Für uns ist es aber klar, dass die Verunglimpfung der Aktivdienstgeneration und der Schweiz fortgesetzt wird. Denn wer beabsichtigt, aus ideologischen Gründen den Selbstbehauptungswillen unseres Volkes zu brechen, greift dessen Wurzeln mit Gift an.

Im Herbst 2000 wird die sogenannte Umverteilungs-Initiative zur Abstimmung gelangen. Das von der «staatstragenden» Bundesratspartei SPS (?) lancierte Volksbegehren will die Geldmittel für die Landesverteidigung um die Hälfte reduzieren. Das sozialdemokratische Begehren ist ein Angriff auf das Schweizer Volk. Die Schweiz soll sich einer Entwaffnung hingeben und die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit bzw. Souveränität aufgeben.

Wir werden gegen diese verkappte Armeeabschaffung massiv kämpfen müssen. Denn die linken Sirenen könnten durchaus mit ihren heuchlerischen Lobgesängen auf die Sozialpolitik ins sicherheitspolitische Abseits locken.

Für die grosszügige finanzielle Unterstützung unserer Projekte danke ich allen unseren Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten. Meinen Kommissionskollegen gilt mein besonderer Dank: Trotz Berufsverpflichtungen und wochenlanger Militärdiensten fanden sie immer Zeit, für die Projekte der Vereinigung PRO LIBERTATE zu arbeiten.

W. Gartenmann
Präsident Militärkommission

Jahresbericht der Finanz- und Werbekommission für 1999

Im Tätigkeitsjahr 1999 haben wir nebst unseren ordentlichen vier PL-Mitteilungen zusätzlich eine Wahlausgabe, gezielt für die Werbung von Neumitgliedern, an verschiedene Adressen gesandt.

Wie bereits im letzten Jahresbericht erwähnt, versuchten wir erstmals mit «modernen» Werbemethoden Mitglieder zu werben. Mit schönen Buchpreisen honorierten wir die emsigen Helferinnen und Helfer. Das Resultat hat uns ernüchert: 16 Neumitglieder! Wir werden neue Wege finden müssen und alles daran setzen, unseren Mitgliederbestand zu erhöhen.

Die zahlreichen Veranstaltungen – Buchvernissage Halbbrunn, Rütli-Feuer, Besichtigung Festungsmuseum Reuenthal – gaben uns Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen, aber auch mit unseren langjährigen Mitgliedern Beziehungen zu vertiefen.

Im Frühjahr starteten wir mit unserer Schriftenreihe Nr. 11 «Dr. Max Keller/

Das Ende der J-Stempel-Saga». Das Interesse an dieser Broschüre war ausserordentlich hoch und verzeichnete bis zum Ende des Tätigkeitsjahres noch einen regen Bestellungseingang. Ebenso erfolgreich hat sich die Schriftenreihe Nr. 12 «Dr. A. Cattani/Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945» entwickelt. Diese Schrift – unsere Antwort auf den einige Tage vorher veröffentlichten Bergier-Bericht – konnte, dank der Finanzierung des Druckes durch einen Spender, mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren noch breiter als üblich bei befreundeten Organisationen und Interessengruppen gestreut werden. Die finanziellen Auswirkungen unserer Tätigkeit werden Sie dem Bericht des Kassiers an der Hauptversammlung entnehmen können. Unsere Schriftenreihen werden auf einem ansprechenden Prospekt vorgestellt, der jedem Versand beigelegt wird. Dies hatte zur Folge, dass wir in diesem Jahr mehr als je zuvor als «Minibuchhand-

lung» funktionieren durften. Der Umsatz hat sich in diesem Segment mit rund Fr. 12 000.— gegenüber dem «guten» letzten Jahr verdreifacht.

Zu Beginn des neuen Jahres haben wir ein Set «2. Weltkrieg» zusammengestellt, das für Fr. 25.— vier unserer diesbezüglichen Broschüren enthält.

Obwohl wir fast 100 Neumitglieder gewinnen konnten, ist der Gesamtbestand wegen Austritten und Todesfällen annähernd gleich geblieben.

Wir danken an dieser Stelle all unseren unermüdbaren Spendern ganz herzlich. Nur durch die grosse Unterstützung unserer Mitglieder, Gönner und Sympathisanten ist uns eine engagierte Betätigung möglich. Der erreichte Erfolg gibt uns Auftrieb, uns im neuen Jahr ebenso energisch für die Werbung neuer Mitglieder einzusetzen.

Finanz- und Werbekommission
Max Gerber
Marcel Bieri

Wird Russland wieder eine Militärmacht?

Seit über acht Jahren hat Jelzin die Macht im Kreml, und zweifelsohne ist es ihm zu verdanken, dass Russland 1991 nicht zum Kommunismus zurückkehrte. Ende 1999 aber konnte er nur noch auf knapp zwei Prozent Zustimmung in der Bevölkerung bauen.

Ursache für den schwindenden Rückhalt waren die allzu häufigen Aufenthalte Jelzins im Spital; hinzu kam, dass er auf internationaler Bühne häufig nicht repräsentierte, sondern mehr blaumierte und nicht selten vor dem Westen zurückwich. Die Wirtschaftslage blieb hinter den allgemeinen Erwartungen zurück, während Korruption und Mafia-Kriminalität stark zunahm. Ob Jelzins Rücktritt nun völlig freiwillig war, muss bezweifelt werden – seine Erklärung im Fernsehen wurde mindestens zwei Mal geschnitten –, aber er bot für ihn den besten Ausweg: So kann bei der Wahl am 26. März seine Nachfolge in Form von Wladimir Putin als überaus sicher gelten, der der Jelzin-Familie mit ihren dunklen Geschäften – die Schweiz soll dabei eine recht wich-

tige Rolle spielen – zugleich zukünftige Immunität zusicherte (was zweifelsohne ohne verfassungswidrig ist).

Im Gegensatz zu Jelzin gilt Putin in russischen Augen als «jung, gesund und dynamisch»; tatsächlich hat er bisher wenig Erfolgreiches bewirkt, und ob er selber frei von Skandalen und Korruption ist, erscheint wie manches in seinem offiziellen Lebenslauf zweifelhaft.

Er wird schnelle Erfolge vorweisen müssen, die den hochgespannten Erwartungen seiner Landsleute entsprechen. Wirtschaftlich braucht Russland jährlich acht Prozent Wachstum, doch letztes Jahr waren es lediglich zwei, und der Aussenhandelsumsatz ging sogar um 20,1% zurück – Putins Kenntnisse über Wirtschaftsfragen indes sind gering. So spricht er lieber vom ange-

Impressum

Druck und Administration:
NEUE GERBER AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint viermal jährlich.
Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Walter Rytz (Präsident)
1133 Lussy-sur-Morges
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll),
3018 Bern-Bümpliz
Werner Gartenmann
3172 Niederwangen
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach
Annemarie Steffen, 3613 Steffisburg

strebten autoritären (aber nicht diktatorischen) Staat und einer an den russischen Interessen orientierten Aussenpolitik. Dazu braucht er eine eigene Machtbasis, die er jetzt aus einstigen Freunden in St. Petersburg aufbaut. Ob er sich indes von Tschubaj, dem er seinen Weg von dort nach Moskau verdankt, und Beresowski, dem wohl

Das heutige Russland träumt von seiner einstigen Grösse, möchte wieder Weltmacht wie etwa die USA sein.

reichsten und einflussmächtigsten Mann in Moskau, wird lösen können, dürfte eine entscheidende Frage sein.

Das heutige Russland träumt von seiner einstigen Grösse, möchte wieder Weltmacht wie etwa die USA sein, und das offiziell verbreitete Image von Putin als dem «starken Mann» entspricht genau dieser Sehnsucht. Dazu kommt, dass er den Militärs im Kaukasus freie Hand lässt; verbreiten diese doch die Dolchstoss-Legende, sie seien vor Jahren nur durch die wankelmütigen Politiker um ihren Sieg gebracht worden (was allerdings den Tatsachen widerspricht) und wollen nunmehr ganz offenbar Rache nehmen. Im Gegensatz zu damals ist der jetzige Krieg im Volk beliebt, bisher gibt es kaum kritische Stimmen. Bereits seit letzten Dezember heisst es immer wieder, Grosny werde «innert weniger Tage» erobert. Dass viele junge Soldaten völlig unvorbereitet in den Häuserkampf geworfen werden und der Militärführung viele Fehler vorzuwer-

fen sind, stört offenbar weder sie noch Putin. Der Fall Grosnys ist jedenfalls für ihn von äusserster Bedeutung. Dieser müsste allerdings sehr bald kommen, denn die Stimmung im Lande droht umzuschlagen; an die offiziellen Zahlenangaben der Gefallenen glaubt heute kaum jemand – tatsächlich werden sie bereits Mitte Januar über 3000 betragen haben und Ende des Monats bei sogar täglich 50 Toten. Wahrscheinlich werden die Freiheitskämpfer dort letztlich der Übermacht weichen müssen, doch ihr Partisanenkrieg wird unvermindert weitergehen.

Putins neues Sicherheitskonzept widerspiegelt eine schleichende Abkehr vom Westen: Statt «Partnerschaft» mit der NATO spricht man jetzt von «Zusammenarbeit», die bisherige «Verteidigung» heisst heute «Krieg» und auch

Zudem verlangen die Militärs jetzt eine wenigstens 50 prozentige Aufstockung ihrer Ausgaben.

die Schwelle zum atomaren Einsatz, der bislang die Bedrohung der «Existenz» Russlands voraussetzte, ist deutlich gesenkt worden. Zudem verlangen die Militärs jetzt eine wenigstens 50 prozentige Aufstockung ihrer Ausgaben. Die Reaktion aus Moskau auf den geplanten US-Raketenschirm «TMD» ist von harter Diktion und droht mit noch besseren Gegen-Waffen. Danach stünde Russland vor einem neuen atomaren Wettrüsten; ob das Land das wirtschaftlich verkraften könnte oder

einem finanziellen Ruin entgegensteuern würde, muss Putin wissen – eine Kraftprobe mit dem Westen wird er gewiss nicht anstreben, Wirtschaftskraft und nötige Militärmacht der USA sind ihm nicht fremd. Sein jetziges Zusammengehen mit den Militärs wird dann wohl auch eher als ein taktisches Zweckbündnis zu sehen sein, dessen Wert letztlich zeitlich begrenzt ist. Dass der Westen dem Völkermord in Tschechien tatenlos zuschaut und nicht einmal seine finanziellen Hilfen an Russland einstellt, ist die Kehrseite...

Dr. René Hänggi

Volksabstimmung vom 12. März 2000

Der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE hat folgende Parolen gefasst:

Bundesbeschluss über die Reform der Justiz: **Ja**

Eidgenössische Volksinitiative «für Beschleunigung der direkten Demokratie (Behandlungsfristen für Volksinitiativen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs)»: **Stimmfreigabe**

Eidgenössische Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)»: **Nein**

Eidgenössische Volksinitiative «zum Schutze des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie» (Initiative für menschenwürdige Fortpflanzung [FMF]): **Stimmfreigabe**

Eidgenössische Volksinitiative «für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen (Verkehrshalbierungs-Initiative)»: **Nein**



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflichten)

Mitglieder und Gönner erhalten regelmässig unsere Publikationen.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 1/00